

Oberbürgermeister nimmt 715 Unterschriften gegen Ausbau des Wellpappenwerks Gierlichs entgegen

Schwere Vorwürfe gegen Baudezernat



Die geplante Erweiterung des Wellpappenwerks Gierlichs ruft in der Nachbarschaft einen Proteststurm hervor. (Ralf Krieger)

VON THOMAS KÄDING

Diesmal haben noch ein paar Bürger mehr mitgemacht: 715 Unterschriften aus dem Umfeld des Wellpappenwerks Gierlichs in Quettingen haben Marianne Lettow und Petra Hoffmann im Rathaus dem Oberbürgermeister übergeben. Sie stehen unter einer 20-seitigen Abhandlung, in der sich die Ingenieurin Anke Schniewind mit den Details des Bebauungsplans für das Gelände an der Maurinusstraße befasst – und dem Baudezernat in der Stadtverwaltung Fehler vorwirft. Das Wellpappenwerk soll um ein Hochregallager erweitert werden, was die Kapazität des Verpackungsherstellers erhöhen und unter anderem mehr Lastwagen auf das eng von Wohnhäusern umstandene Firmengelände ziehen würde. Der Plan stößt, seit er vor knapp zwei Jahren bekannt wurde, auf starken Widerstand in Quettingen. Dieser mündet nun in einer baufachlichen Abhandlung, die den Argumenten der Gegner mehr Gewicht verleiht.

Darin steht zum Beispiel, dass sich die Stadtverwaltung nicht ernsthaft mit einem Umzug des Betriebs befasst habe: „Warum schließt sich etwa eine vollständige Verlagerung in ein passendes Leverkusener Gewerbegebiet aus?“, fragt Ingenieurin Schniewind und nimmt das frühere Wuppermann-Gelände in Manfort in den Blick. „Für eine gewerbliche Neubauplanung wäre nur ein wesentlich kleineres Grundstück erforderlich“; auf dem Gierlichs-Gelände könnten dann neue Wohnungen entstehen.

Aus Sicht der von den Nachbarn beauftragten Expertin wurden „die Belange der Firma Gierlichs von vorn herein höher bewertet als die berechtigten Bedenken und Befürchtungen der Öffentlichkeit“. Eine solche „projektbezogene“ Leverkusener Ausdeutung des Trennungsgrundsatzes sei falsch und die Abwägung der Interessen „daher fehlgewichtig. Die Verfahrensunterlagen lesen sich insgesamt so, als liege das Recht alleine auf Seiten des alteingesessenen Gewerbebetriebs. Die Eingaben der Bürger würden vom Baudezernat mit einem Satz abgetan: „Grundsätzliche Bedenken gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes wurden nicht vorgetragen.“

Das sehen die Nachbarn vollkommen anders – und weil das Baudezernat bei der ersten Offenlage des Bebauungsplans Unterlagen vergessen hatte, konnten die Gegner binnen der zweiten Frist, die am Montag zu Ende gegangen war, nochmals deutlich nachlegen.

Anke Schniewind,

Gutachterin